

Bürgerliche kritisieren «linke Technologiefunde»

Hitzige Landratsdebatte um 5G Das Baselibieter Parlament hat über zwei FDP-Vorstösse zu den umstrittenen Mobilfunkanlagen debattiert. Beide Anliegen wurden überwiesen.

Benjamin Wirth

Die 5G-Antennen – immer wieder sorgen sie für rote Köpfe. Und das vor allem in der Politik: Der Baselibieter Landrat etwa diskutiert seit Jahren heftig über die umstrittene Technologie. Auch gestern debattierte das Parlament über zwei Vorstösse, die sich mit der konfliktbeladenen Thematik auseinandersetzen. Beide Anliegen brachte Stefan Degen (FDP) aufs Tablett.

In seinem ersten Geschäft forderte er den Regierungsrat auf, zu prüfen, was eine rasche Einführung von flächendeckendem 5G den Unternehmen bringen oder ein Verzicht mit sich ziehen würde. Degen erläuterte, dass die heutige Infrastruktur an ihre Grenzen komme. «Das Baselibieter soll aber weiterhin ein attraktiver Kanton für Unternehmen sein. Damit wir weiter innovativ sind und vorne mithalten können, muss 5G zusätzlich zu 4G eingeführt werden», fand er.

SP unterliegt

Anderer Meinung ist SP-Landrätin Désirée Jaun. Die gesundheitlichen Auswirkungen, die die Technologie mit sich bringe, seien noch nicht abschliessend geklärt, sagte sie. «In der Bevölkerung gibt es deshalb einige Unsicherheiten. Diese Ängste muss der Kanton ernst nehmen.» Die SP beantragte, die Überprüfung abzulehnen und die Situation weiter zu beobachten. Dem schenkte das Parlament aber nur wenig Gehör. Es folgte dem Vorstoss der Freisinnigen und überwies ihn grossmehrheitlich mit 58 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Für einmal blieb eine Debatte um ein 5G-Thema also vergleichsweise ruhig. Ein seltenes Erlebnis: Denn nur kurze Zeit später gingen die Wogen bereits wieder hoch. FDP-Landrat Degen



Trotz Grundsatzdebatten: Im Baselibieter sind bereits einige 5G-Antennen gebaut. Symbolfoto: Adrian Moser



Landrat

Berichterstattung aus dem
Baselibieter Parlament

forderte in seinem zweiten Geschäft, dass die Regierung den Ausbau der Mobilfunktechnologie als strategische Infrastruktur sicherstellt. Ausserdem sollte der Kanton Massnahmen ergreifen, damit der Gesamtausbau der Technologie nicht gefährdet sei.

«Die heutigen Hürden sollen beseitigt werden», so Degen.

Für Erika Eichenberger (Grüne), die den ersten Vorstoss noch bejahte, ging das zweite Anliegen zu weit: «Es gibt immer noch sehr viele Einsprachen. Solange die Zweifel nicht aus dem Weg geräumt sind, sollten wir uns nicht derart stark auf diese Technologie fokussieren.» Den Sicherheitsaspekt müsse man im Auge behalten. Nahezu die glei-

chen Argumente führte die SP-Fraktion aus, die sich auch gegen dieses Vorhaben wehrte.

Daraufhin mussten sich die Linken von Mitte-bürgerlicher Seite harsche Kritik anhören. Yves Krebs (GLP) sagte: «Nur weil es Leute mit abenteuerlichen Argumenten gibt, die der 5G-Technologie im Weg stehen, müssen wir ihnen keine Plattform bieten.» Und Degen befremdet die «Technologiefind-

lichkeit von linker Seite». Von allen Parlamentariern auf der linken Seite? Nicht ganz.

Grüne uneins

Klaus Kirchmayr (Grüne) vertrat an seiner zweitletzten Sitzung – Ende Juni zieht sich der langjährige Politiker aus dem Parlament zurück – einen anderen Standpunkt als seine Partei. Er befürwortete auch das zweite FDP-Begleichen. Die derzeitige Kommunikationsinfrastruktur (etwa 4G oder 5G) werde nicht genügend wertgeschätzt, findet er. «Wir halten all dies für selbstverständlich und realisieren erst, was wir haben, wenn es knapp oder weg ist.»

Wenn der Kanton die Klimaziele erreichen und das Potenzial an Energiespeichern nutzen wolle, müsse man sich viele Informationen beschaffen. «Unsere Infrastrukturen müssen wir in Zukunft noch feinmaschiger vernetzen. Das wird nur über 5G und später auch über 6G gehen», argumentierte Kirchmayr. «Die Klimafrage steht hierbei über dem Anliegen, die letzten Unsicherheiten aus dem Weg zu räumen.»

Sein Parteikollege Balint Csonotos widersprach. «Das Klima soll nicht als Argument für 5G genutzt werden», sagte er, «die Technologie führt zu einem massiven Mehrverbrauch der Energien.» Dagegen wehrte sich Marc Schinzel (FDP): «Entscheidend sind die Steuerung und die intelligente Nutzung. Mit modernen Technologien kann die Energienutzung sehr wohl optimiert werden.»

Die Argumente der Bürgerlichen überzeugten. Der Vorstoss wurde mit 46 Ja- zu 30 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Jetzt muss sich der Regierungsrat damit auseinandersetzen. Dieser beantragte zu vorvergeblich, das Geschäft abzulehnen, da die Forderungen die Kompetenzen einer Kantonsregierung überschreiten würden.

Hitzige Debatte im Landrat um 5G-Antennen

Vorstösse Der Baselbieter Landrat diskutiert seit Jahren über die 5G-Technologie. Gestern debatierte das Parlament über zwei FDP-Vorstösse, die sich mit dem umstrittenen Thema auseinandersetzen. Der eine fordert den Regierungsrat auf, zu prüfen, was eine rasche Einführung von flächendeckendem 5G den Unternehmen bringen oder ein Verzicht nach sich ziehen würde. Der andere verlangt, dass die Regierung den Ausbau der Mobilfunktechnologie als strategische Infrastruktur sicherstellt.

Letzterer Vorstoss ging dann doch einigen Politikern zu weit: «Solange die Zweifel nicht aus dem Weg geräumt sind, sollten wir uns nicht derart stark auf diese Technologie fokussieren», warf etwa eine Grünen-Politikerin ein. *(red)* **Seite 19**